

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Prof. Dr. Hartmut Soell
MdB analysiert die
Chancen der Wieder-
vereinigung Koreas:
Der Vertrag ist bisher
nur ein Anfang.

Seite 1

Helmut Esters MdB
gratuliert Hans Apel
zum 60. Geburtstag:
Finanzpolitisches Ka-
pital.

Seite 3

Achim Großmann MdB
fordert eine grundsätz-
liche Kurskorrektur in
der Wohnungspolitik.

Seite 5

47. Jahrgang / 38

24. Februar 1992

Der Vertrag ist bisher nur ein Anfang Entspannungspolitik auf der koreanischen Halbinsel

Von Professor Dr. Hartmut Soell MdB

Nach 46 Jahren zumeist kaltem und auch heißem Krieg ziehen Nord- und Südkorea mit dem nun unterzeichneten Aussöhnungsvertrag einen Schlußstrich unter dieses Kapitel koreanischer Nachkriegs- geschichte.

Korea, das von 1910 bis 1945 von Japan besetzt war, wurde im August 1945 durch ein Einmarsch sowjetischer Truppen im Norden und amerikanischer im Süden befreit und geteilt. Die folgenden Jahrzehnte, von der Gründung der beiden koreanischen Staaten über den Koreakrieg bis zum nordkoreanischen Bombenattentat auf den südkoreanischen Staatschef Chun im Jahr 1983, sind zumeist düstere Kapitel des kalten Krieges. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Seoul 1990, von Pjöngjang als "Verrat" bewertet, ist von entscheidender Bedeutung für die jetzige Entwicklung in Korea. Innerhalb von rund 15 Monaten handelten die beiden Staaten ein Aussöhnungsabkommen miteinander aus, das letztlich auf eine friedliche Wiedervereinigung Koreas abzielt.

Die Eckpunkte dieses koreanischen "Grundlagenvertrages" bilden eine Nichtangriffsvereinbarung, die Einstellung von Verleumdung, Sabotage und Konfrontation, die Achtung der beiderseitigen Systeme, Nichteinmischungszusagen sowie wirtschaftliche Kooperation und freier Informationsfluß. Vertrauensbildende Maßnahmen auf militärischer Ebene lassen schließlich auch in diesem Bereich ein größeres Problembewußtsein und gewachsenes Deeskalationsbedürfnis erkennen. In Anbetracht des in den letzten 46 Jahren permanent andauernden Zustandes massiver wechselseitiger Bedrohung, ist dieser Punkt sicher von ganz besonderer Bedeutung für die Menschen in ganz Korea. Auch wenn die Umsetzung dieser Ziele noch im Detail konkretisiert werden muß (bis Ende März 1992), so bildet der Aussöhnungsvertrag das Fundament für jene neuen Beziehungen, die die permanente kalte Kriegszeit in Korea endlich ablösen können.

So positiv diese rasche Annäherung beider Staaten in so kurzer Zeit ist, so vielfältig und teilweise schwer berechenbar sind die Motivationen für diese forcierte Entspannungspolitik.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kontrollierter Umweltschutz
mit wertvollem Recycling-Papier



- durch die Auflösung des östlichen Machtblocks und der Sowjetunion fehlt Pjöngjang die politische und ökonomische Rückendeckung zur Fortsetzung der alten Politik;
- die VR China ist zur Zeit aus ökonomischen Gründen an einer Normalisierung ihrer Beziehungen zu Seoul stärker interessiert, als an einer Aufrechterhaltung der ideologischen Konfrontation in Korea;
- das Ende der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft und die Mißwirtschaft in Nordkorea haben die ohnehin latente wirtschaftliche Krise Pjöngjange in eine offene Rezession verwandelt, der Pjöngjang mit Hilfe Südkoreas zu entkommen hofft;
- der Mangel Nordkoreas sogar an Grundnahrungsmitteln und Treibstoff zwingt es, seine nicht mehr finanzierbare Überrüstung abzubauen;
- Japan und die USA haben eine Unterstützung Nordkoreas von einer Entspannung in dieser Region abhängig gemacht;
- Südkorea sieht sich mit dem Wunsch Washingtons nach einem Truppenabbau konfrontiert, die USA wollen 7.000 Mann aus Korea abziehen;
- auch der südkoreanische Haushalt wird durch die erheblichen Rüstungsaufwendungen massiv belastet;
- der Präsident Roh steht vor verschiedenen Wahlen, eine Entspannung der koreanischen Beziehungen und damit auch eine Entspannung der innenpolitischen Situation Südkoreas sind von besonderer Bedeutung für ihn;
- Südkoreas Wirtschaft hofft auf intensive Zusammenarbeit mit dem Norden, da das nördliche Lohnniveau nur zehn Prozent des südlichen beträgt;
- Südkorea, Japan und die USA fürchten die Fertigstellung und auch den Export nordkoreanischer Atomwaffentechnologie.

Es ist mehr als unsicher, ob es gelingt die über so viele Jahrzehnte aufgebaute und intensiv gepflegte gegenseitige Feindwahrnehmung durch einen Vertrag in so kurzer Zeit wirklich substantiell abzubauen. Die von vielen Seiten bereits als in greifbarer Nähe gesehene Chance zur Wiedervereinigung sollte mit einiger Skepsis bewertet werden. Zu tief eingeschliffen sind die Machtstrukturen innerhalb der beiden Staaten geworden, als daß sie sich einfach aufbrechen ließen. Insbesondere sind hier beide Armeen zu nennen, die in beiden Staaten in Anbetracht der gegenseitigen Bedrohungswahrnehmung einen erheblichen überproportionalen Einfluß und Privilegien gewonnen haben und diese erfahrungsgemäß ungern abgeben. Ähnlich verhält es sich mit dem in Nordkorea regierenden Familienclan und der kommunistischen Partei, aber auch mit Teilen der südkoreanischen Herrschaftsstruktur.

So scheint der langsame Weg über eine ökonomische Kooperation und eine lose Konföderation der im Augenblick realistischere. In welchem Tempo sich die Kontakte dann auf die hermetische nördliche Machtstruktur auswirken und zu einer Wiedervereinigung führen, ist nicht vorherzusagen.

Bei aller Unterstützung für die positive Entwicklung in Korea, insbesondere auch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Korea, dürfen die innergesellschaftlichen Zustände nicht in Vergessenheit geraten. Die internationale Staatengemeinschaft muß nun auch auf die Beendigung der Unterdrückung Oppositioneller und der massiven Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Nordkorea (in Südkorea hat sich die Situation seit den letzten Wahlen etwas gebessert, auch wenn es dort immer noch über 1.100 politische Häftlinge gibt) drängen, die bislang stets auch mit dem Hinweis auf die Bedrohungssituation gerechtfertigt wurde. Nord- und Südkorea müssen den nun möglichen gemeinsamen Neuanfang auch für einschneidende innere Reformen nutzen und die Überreste des kalten Krieges auch aus ihrer Innenpolitik entfernen. Für die Bundesrepublik ist der Zeitpunkt gekommen, sich intensiver mit den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Staaten zu beschäftigen, das heißt auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea vorzubereiten.

(-/24. Februar 1992/st/ks)

Finanzpolitisches Kapital

Hans Apel wird 60

Von Helmut Eslers MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Anläßlich des 60. Geburtstages des ehemaligen Bundesfinanz- und Bundesverteidigungsministers Hans Apel wird in Bonner Fachkreisen die Frage diskutiert, welchen Einfluß das frühere Wirken des ehemaligen Finanzsprechers und stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion auf die heutige Politik seiner Partei hat. Dabei besteht Übereinstimmung darin, daß Hans Apels Politik in zentralen Fragen bis heute von nicht zu unterschätzendem Einfluß und hoher Aktualität ist.

Im Rückblick ist unverkennbar, daß vor allem die von Hans Apel bestimmte Staatsverschuldungsdebatte hochaktuell ist und vor dem Hintergrund immer weiter steigender Staatsschulden zunehmend an Brisanz gewinnt: Während die staatliche Kreditaufnahme zuvor entsprechend der keynesianischen Lehre im wesentlichen unter konjunkturpolitischen Aspekten betrachtet wurde, machte Hans Apel auf die strukturellen Probleme wachsender Staatsverschuldung aufmerksam. Er stellte klar, daß die zunehmende Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte die staatlichen Handlungsmöglichkeiten immer weiter einschränkt und damit auch der Spielraum für sozialdemokratische Politikgestaltung immer kleiner wird. Angesichts der gegenwärtigen Konjunkturabschwächung wird auch die Feststellung Hans Apels schmerzlich bestätigt, daß durch die strukturelle Zunahme der Staatsverschuldung auch die konjunkturpolitischen Handlungsmöglichkeiten des Staat es immer weiter abnehmen.

Besonders in der heutigen Verschuldungsdebatte, die im Zusammenhang mit den finanziellen Problemen beim Aufbau der neuen Bundesländer eine neue Qualität bekommen hat, kann die SPD von dem finanzpolitischen Kapital, das Hans Apel zu seiner Zeit geschaffen hat, zehren.

Als zweiter wichtiger Bereich, in dem die Finanzpolitik Hans Apels bis heute nachwirkt, wird die Steuerpolitik gesehen. Es war Hans Apel, dem es gelang, sozialdemokratische Steuerpolitik zum Synonym für soziale Gerechtigkeit zu machen: Hatte vorher die Steuerpolitik im wesentlichen nur die dienende Funktion der Geldbeschaffung und allenfalls noch Bedeutung für die Wirtschaftslenkung, so gelang es Hans Apel durch eine sozial differenzierte Steuerpolitik, die grundlegenden gesellschaftspolitischen Unterschiede zwischen SPD einerseits sowie CDU/CSU und FDP andererseits bewußt zu machen.

Als klassisches Beispiel dafür ist Beobachtern bis heute der sogenannte "SPD-Tarif" 1988 in guter Erinnerung: Um die unterschiedliche Ausrichtung der Steuerpolitik deutlich zu machen, ging der SPD-Tarif vom gleichen Entlastungsvolumen wie der Steuertarif der Bundesregierung aus. Statt aber wie die konservative Bundesregierung den Entlastungsschwerpunkt auf die Bezieher höherer Einkommen zu legen, konzentrierte Hans Apel die Entlastung des SPD-Tarifs auf die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen. Mitstreiter aus dieser Zeit des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1987 erinnern sich noch sehr gut und mit Vergnügen daran, wie diese unterschiedliche Steuerpolitik der Öffentlichkeit in einer von Hans Apel initiierten groß angelegten Anzeigen- und Telefonaktion an Hand genauer Steuertabellen vorgerechnet wurde. Mit dieser Aktion demonstrierte er zugleich, daß sich die recht komplizierte Steuerpolitik bei richtiger Ausgestaltung und Vermittlung als Instrument der politischen Auseinandersetzung hervorragend eignet.

Die damalige Begrenzung des Entlastungsvolumens einer Steuersenkung war Ausdruck der Grunderkenntnis Hans Apels, die ebenfalls bis heute die sozialdemokratische Finanzpolitik prägt: "Den armen Staat können sich nur die Reichen leisten", war einer seiner finanzpolitischen Leitsätze. Während die Konservativen über massive Steuersenkungen für Höherverdienende dem Staat die finanzielle Basis für gestaltende Politik beschneiden wollten - die dahinter stehende konservative Angebotsideologie wurde durch das Motto "Rückführung der Staatsquote" verbrämt -, machte Hans Apel darauf aufmerksam, welche gefährlichen Konsequenzen ein "armer Staat" für die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft hat. Schon im Zuge der von Hans Apel mitgeprägten sogenannten Zukunftsinvestitionsprogramme (ZIP) hatte er die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für die Attraktivität und Stärke des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland betont. Diese Erkenntnis spielt in der gegenwärtig wieder auflebenden Standortdebatte eine große Rolle.

Auch bei der Frage, inwieweit die Steuerpolitik in den Dienst des Umweltschutzes gestellt werden kann, hat Hans Apel bis heute Bedeutung: Einerseits führte er auf dem Nürnberger Parteitag 1986 Steuerpolitik und Umweltpolitik mit folgenden Worten zusammen: "Schließlich wollen wir die Steuerpolitik als Instrument der ökologischen Erneuerung nutzen. Wer die Umwelt belastet, soll auch in der Steuerpolitik dafür einen Preis zahlen. Finanzielle Anreize bringen den Umweltschutz voran. Die anderen reden immer nur von mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz - wir werden sie praktizieren!" (Protokoll des Nürnberger Parteitags, Seite 244).

Andererseits machte Hans Apel auf die sozialen Probleme einer ökologischen Weiterentwicklung des Steuersystems aufmerksam. Auf dem Münsteraner Parteitag am 31. August 1988 führte er aus: "Wenn wir uns dann einig werden, daß es auch das Ziel der Steuerpolitik sein muß, den Verbrauch von Energie zurückzubringen, dann habe ich meine Zweifel, ob das zum Beispiel über kräftige Preiserhöhungen so ohne weiteres geht. Wie ist das dann mit den 17 Millionen Rentnern, Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen, wenn wir ihnen die Heizungen massiv verteuern? Wohin sollen sie ausweichen? Wo sollen wir ihnen etwas zurückgeben? ... Hier müssen wir wohl noch ein bißchen nachdenken." (Protokoll des Münsteraner Parteitags, Seite 205 f.).

Es war das Ergebnis des von Hans Apel geforderten Nachdenkens, daß das SPD-Regierungsprogramm, das der Berliner Parteitag am 28. September 1990 beschlossen hat, die Rückgabe der sogenannten Öko-Steuern vorsah: "Wir wollen Arbeit steuerlich entlasten und den Energieverbrauch belasten. Bei der Lohn- und Einkommensteuer werden wir höhere Grundfreibeträge einführen ... Nichtsteuerpflichtige erhalten einen entsprechenden Ausgleich." (SPD-Regierungsprogramm 1990, TZ 13). Auch heute noch ist allen Fachleuten bewußt, daß die von Hans Apel 1988 angesprochenen sozialen Probleme nicht vollständig gelöst werden können. Die Abwägung zwischen ökologischem Effekt (der - auch darauf machte Hans Apel zurecht aufmerksam - bei vollständiger Rückgabe selbstverständlich geringer ausfällt als bei vollständigem Kaufkraftentzug) und sozialer Wirkung bleibt bis heute ein Dilemma, dessen Bewältigung politische Prioritätensetzung und Augenmaß zugleich erfordert.

Angeichts steigender Staatsverschuldung und der immer größer werdenden Ungerechtigkeiten der Steuerpolitik der konservativen Bundesregierung findet allerdings eine Feststellung Hans Apels bis heute in der Sozialdemokratie ungeteilte Zustimmung: "Dieser unseriösen und unsoliden Politik muß Einhalt geboten werden. Wir brauchen einen Neuanfang, eine Finanzpolitik für gerechte Steuern und solide Finanzen. Wir Sozialdemokraten sind bereit, dazu unseren Beitrag zu leisten." (Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Hans Apel zum Bundeshaushalt 1988 am 9. September 1987.)

(-/24. Februar 1992/st/ks)

Die Zahl der Obdachlosen steigt weiter
Aber die Bundesregierung hat kein Konzept zur Abhilfe

Von Achim Großmann MdB
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Woche Mallorcaurlaub als Belohnung für eine Ein- bis Dreizimmerwohnung, Belohnungen bis zu 5.000 DM für die erfolgreiche Vermittlung einer Wohnung, Schwarzgeldforderungen, Mietwucher und sexuelle Nötigung - das sind einige Schlagworte, die die Geschäfte mit der Wohnungsnot in Deutschland kennzeichnen.

Die herrschende Wohnungsnot ist das Spiegelbild unserer Zwei-Drittel-Gesellschaft: Gutverdienende Singles beziehungsweise Doppelverdiener reißen sich luxussanierte Altbauwohnungen unter den Nagel. Wohnqualität wird zunehmend zum Statussymbol. Geradezu paradox, daß die Hochverdiener bei bundesweit 2,5 Millionen fehlender Wohnungen jährlich rund 15 Millionen Quadratmeter für ihre Schicki-Micki-Wohnungen vom Wohnungsmarkt absondern und rund 300.000 Wohnungen reine Freizeit-Bleibe für Top-Verdiener sind. Im krassen Gegensatz dazu werden immer mehr einkommensschwache Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Studenten vom Wohnungsmarkt verdrängt. Sie können sich um die wenigen, auf dem freien Markt noch vorhandenen, preiswerten Wohnungen schlagen. Kein Wunder also, daß nach jüngsten Umfrageergebnissen die wachsende Wohnungsnot direkt nach der Umweltproblematik die Skala der ungelösten Probleme in der Bundesrepublik dominiert.

Wovon früher nur Randgruppen betroffen waren, betrifft jetzt immer mehr "Normalbürger": die Obdachlosigkeit. Schon heute gibt es nach seriösen Schätzungen in der gesamten Bundesrepublik circa eine Million Obdachlose. Vor allem in den neuen Bundesländern, wo es dieses Problem bislang nicht gab, ist die Tendenz steigend. Der soziale Abstieg kommt oft schneller als gedacht: Bei Familien mit frisch erworbenen Eigentum währt das Glück über die eigenen vier Wände nur kurz, wenn plötzlich der Hauptverdiener arbeitslos wird. Die hohen Schuldzinsbelastungen zwingen viele in solchen Fällen zum baldigen Verkauf. Die Mietwohnungssuche auf dem freien Wohnungsmarkt ist vor allem für einkommensschwache Familien mit Kindern von vornherein hoffnungslos, die Aussicht auf Zuweisung einer Sozialwohnung eine Illusion. Der Weg in die Obdachlosigkeit ist damit für immer mehr Menschen vorprogrammiert. In Notunterkünften, Obdachlosenheimen, U-Bahnschächten, Gartenlauben und unter Brückenbögen übermachten längst nicht mehr nur "Tippebrüder". Wenn diese Entwicklung so weiter geht, haben wir bald auch bei uns "New Yorker Verhältnisse".

Hier gibt es neue Wege zu gehen: Soforthilfen bei Wohnungsnot, Überbrückungsgelder bei Mietrückständen und Zinszahlungen müssen in solchen Fällen greifen. Bei einer vorbeugenden Obdachlosenhilfe müssen nach jüngsten Berechnungen der Stadt Köln lediglich 1.000 DM für einen Fall aufgewendet werden, während jeder neue Bewohner einer Obdachlosenunterkunft die Stadt 8.000 DM kostet.

Glücklich, wer eine Wohnung hat? Leider gilt diese Maxime auch nicht uneingeschränkt. Denn immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen einen Zweitjob annehmen, um die ihr Einkommen übersteigenden Mietforderungen bezahlen zu können. Zwar verschafft das Wohngeld in vielen Fällen einen Ausgleich. Aber auch nur außerhalb der sogenannten "Wohngeldfalle". Denn wer zuviel verdient, hat entweder erst gar keinen Anspruch auf Wohngeld, oder aber die zu bezahlende Miete liegt oberhalb der vom Wohnungsamt festgesetzten Grenze, bis zu der Wohngeld gezahlt wird. Beispiel: Ein Alleinlebender darf maximal 1.400 DM brutto verdienen, um überhaupt Wohngeld zu beziehen. In München kostet sein Kochrische-Bad-Appartement 800 Mark kalt. Die Miet-Obergrenze, bis zu der Wohngeld bezahlt wird, liegt bei 535 DM. Es springen nur 81 DM Wohngeld heraus, obwohl im letzten Jahr die Stadt München schon die Höchststufen für Wohngeld erhöht hat. Das Ergebnis: trotz steigender Mietbelastungen sinken in den Ballungszentren die Wohngeldauszahlungen seit einigen Jahren. Dringend notwendig ist deshalb ein qualitativ neues Wohngeld.

Ferner wollen wir die Auswüchse der Mietsteigerung sinnvoll bekämpfen: innerhalb von drei Jahren soll die Miete maximal um 15 Prozent steigen können. Derzeit sind es 30 Prozent. Alles soll sich an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientieren, die auf der Grundlage regionaler Mietspiegel ermittelt werden muß. Einfließen sollen darin alle Bestandsmieten - also auch die billigen - und nicht wie bisher nur die teuren Mieten der Wohnungen, die in den vergangenen drei Jahren neuvermietet wurden. Außerdem will die SPD den Mietwucherparagraphen verschärfen.

Um die Wohnungsmisere bundesweit überhaupt in den Griff zu bekommen, muß der soziale Wohnungsbau angekurbelt werden. Die Bundesregierung hat beim sozialen Wohnungsbau versagt. Seit der Wende 1989 wurden durchschnittlich weniger als 70.000 Sozialwohnungen pro Jahr gebaut. Wir Sozialdemokraten haben in der Regierungsverantwortung doppelt so viele gebaut. Handeln tut in dieser Frage dringend Not. Denn bis zum Jahr 2000 werden drei von vier Millionen sozial gebundenen Wohnungen aus der staatlichen Förderung herausfallen. Um bezahlbare Wohnungen zu finanzieren, fordert die SPD für einen längerfristigen Zeitraum jährlich fünf bis sechs Milliarden DM, derzeit gibt die Bundesregierung nur etwa die Hälfte dieses Betrages!

Eine weitere Voraussetzung für einen sozialen Wohnungsbau, wie wir Sozialdemokraten ihn uns vorstellen, sind langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen, damit neben der staatlichen Förderung verstärkt kapitalkräftige Privatanleger in diesen Bereich investieren. Die Bundesregierung setzt dagegen ihren halbherzigen "Klackerkurs" fort anstatt endlich zu "klotzen". So gesehen setzt auch das von der Regierung auf drei Jahre befristete Sonderprogramm für Ballungsgebiete das falsche Signal: die Perspektive dieses Programms ist wesentlich zu kurz, prelstreibend und flankierende bodenpolitische Maßnahmen fehlen völlig: Die Wohnungsnot wird sich nur weiter verschärfen!

(-/24. Februar 1992/st/ks)
